

In dieser Ausgabe der AGRAR-HINWEISE u.a. :

- Bundesamt für Naturschutz fordert Agrarwende – Kommentar
- Sozialwahl Landwirtschaft
- Debatte um Wölfe
- Rohmilch als Allergieschutz
- Welthunger – Verschiedene Berichte
- „Fairkehr“-Vorschläge zu ländlicher Mobilität (mit schrägem Titelbild)
- Kritik an Teilen des Bundes-Wahlprogramms der Grünen

Mit freundlichen Grüßen

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL)

Landesverband Niedersachsen/Bremen e.V. – Pressesprecher:

Eckehard Niemann, Varendorfer Str. 24, 29553 Bienenbüttel

0151-11201634 – eckehard.niemann@freenet.de

Newsletter „Agrar-Hinweise“ – 21.6.2017

vorherige Ausgaben auf der Internetseite <http://www.abl-niedersachsen.de/>

Chinesisches Sprichwort:

„Wenn ein Drachen steigen soll, muss er gegen den Wind fliegen“.

Lni– 12.6.2017

Landwirte wollen Flüchtlinge einstellen

Viele Landwirte in Niedersachsen wollen gerne Flüchtlinge einstellen, ein Hemmnis aber ist die Bürokratie. Zu diesem Ergebnis sind die Landwirtschaftskammer und die Ostfalia-Hochschule nach der Befragung von 113 Landwirten im Landkreis Uelzen gekommen.

„Die Betriebe haben grundsätzlich keine Berührungängste, 75 Prozent der Betriebsleiter würden Flüchtlinge als ständige Arbeitskräfte beschäftigen, 90 Prozent als nicht ständige“, sagte der Arbeitnehmerexperte der Landwirtschaftskammer, Matthias Heyder, am Montag. Schließlich sei die Beschäftigung von Ausländern seit Jahrzehnten Praxis in der Landwirtschaft.

„Das größte Hemmnis für die tatsächliche Beschäftigung bleibt leider die Bürokratie“, so Heyder. Die Landwirte beklagten mangelnde Rechtssicherheit und ständig wechselnde Zuständigkeiten.

Auch aber seien die Flüchtlinge nicht mobil, lebten weit von den Höfen entfernt und seien sprachlich und fachlich nicht fit. „Wir stellen aber ein zunehmendes Interesse der Landwirte fest, Geflüchtete einzustellen und sie bei der nötigen Qualifikation zu unterstützen.“ Der Fachkräftemangel sei inzwischen auf den Höfen angekommen, wo gute Mitarbeiter dringend gesucht werden.

Genauere Angaben zur Zahl der bereits in der Landwirtschaft eingesetzten Flüchtlinge gebe es nicht, sagte die Sprecherin des Landesbauernverbandes, Gabie von der

Brelie. Dies geschehe aber häufiger als angenommen, da sich auf dem Dorf oft ein Direktkontakt zwischen Flüchtlingen und Landwirten auf dem kleinen Dienstweg ergibt.

NOZ - 20.06.2017 – Dirk Fisser **KOMMENTAR**

Bundesregierung und Agrar: Schlimmer als bei Trump

Osnabrück. Das Bundesamt für Naturschutz stellt deutliche Verschlechterungen bei der biologischen Vielfalt fest. Der Bundeslandwirtschaftsminister kontert. Mal wieder gilt: eine Regierung, zwei Meinungen. Dazu ein Kommentar.

Die Bundesregierung hat zur Diskussion um die Landwirtschaft der Zukunft nichts beigetragen außer Verwirrung. Es ist gut, dass im September Schluss ist mit dem schwarz-roten Dauerzwist zwischen Agrar- und Umweltministerium. Ganz egal, wer nach der Bundestagswahl die Verantwortung übernimmt: Es kann nur besser werden.

Der Streit um die Untersuchung des Umweltbundesamtes zum Grundwasser und die Studie des Bundesamtes für Naturschutz zur Artenvielfalt sind geradezu sinnbildlich: Da übt das eine Lager – in diesen Fällen die untergeordneten Behörden des Umweltministeriums – beißende Kritik, die das andere Lager geradezu reflexhaft zurückweist. Oder anders gesagt: Da werfen sich Teile derselben Regierung vor, Fake News zu verbreiten. Das passiert nicht einmal bei US-Präsident Trump.

In der Sache hilft das nicht weiter. **Sicher ist doch: Landwirtschaft muss sich aus vielen unterschiedlichen Gründen verändern. Die Gesellschaft darf und muss diesen Veränderungsprozess diskutieren und mitgestalten. Sie hat ein Anrecht darauf, weil jährlich viele Milliarden Euro an Steuergeldern in den Agrarbereich fließen. Die Gesellschaft hat aber auch eine Verpflichtung dazu, weil sie die Verantwortung dafür trägt, dass Landwirtschaft so ist, wie sie ist. Diese Verantwortung allein beim Bauern abzuladen ist verlogen.**

BfN-Präsidentin fordert Kehrtwende in der Agrarpolitik

- Bundesamt für Naturschutz legt Agrar-Report zur biologischen Vielfalt vor

Bonn/Berlin, 20. Juni 2017: Das Bundesamt für Naturschutz (BfN) stellt heute erstmals einen umfassenden Agrar-Report zur biologischen Vielfalt vor. Das BfN zeigt in seiner Analyse, dass sich die Situation der biologischen Vielfalt in der Agrarlandschaft deutlich verschlechtert hat. "Diese Entwicklung muss für uns alle alarmierend sein", erklärt BfN-Präsidentin Prof. Beate Jessel. "Wir brauchen deshalb dringend eine Kehrtwende in der Agrarpolitik."

Für seinen Agrar-Report hat das Bundesamt für Naturschutz die Ergebnisse aus verschiedenen Forschungsvorhaben zur Entwicklung der Natur in der Agrarlandschaft zusammengeführt. "Praktisch alle Tier- und Pflanzengruppen in der Agrarlandschaft sind von einem eklatanten Schwund betroffen. Besonders deutlich wird dies beispielsweise bei den Vögeln und den Insekten. Die Problematik setzt sich aber leider auch bei der Situation der Lebensraumvielfalt fort", sagt die BfN-Präsidentin. Die aktuelle Rote Liste der gefährdeten Biotoptypen Deutschlands sowie das Monitoring von Landwirtschaftsflächen mit hohem Naturwert verdeutlichen dies eindringlich.

Auch das für den Naturschutz besonders wichtige Grünland, die Wiesen und Weiden, steht unter Druck. "Zwar scheint der Flächenverlust gestoppt, aber wir müssen eine weiter anhaltende deutliche qualitative Verschlechterung des Grünlands feststellen, die infolge der zunehmend intensiven Bewirtschaftung ungebremst voranschreitet", erläutert Prof. Jessel. "Alarmierend ist, dass dadurch mittlerweile verbreitet auch blütenreiche Mähwiesen mittlerer Bewirtschaftungsintensitäten massiv unter Druck geraten." Etwa 40 Prozent der in Deutschland gefährdeten Arten der Farn- und Blütenpflanzen haben ihr Hauptvorkommen im Grünland. Hier ist eine Entwicklung vorgezeichnet, die bei früher typischen Ackerwildkräutern wie Acker-Rittersporn und Sommer-Adonisröschen oder anderen, heute nur noch selten zu findenden und extrem gefährdeten Arten schon weit fortgeschritten ist: Im Inneren von Ackerflächen ist ihre Anzahl bereits um mehr als 70 Prozent gesunken.

Aber nicht nur die Nahrungsgrundlage und der Lebensraum vieler Insekten und Agrarvögel geht verloren. Auch wichtige Ökosystemleistungen können immer weniger erbracht werden. Betroffen davon ist nicht nur die Landwirtschaft, die beispielsweise auf die Bestäubung angewiesen ist. In der breiten Bevölkerung wird der Verlust von Ökosystemleistungen spürbar, wenn beispielsweise die Wasserqualität schlechter wird. Eine nicht standortgerechte oder nicht naturverträgliche Landbewirtschaftung verursacht damit auch erhebliche volkswirtschaftliche Kosten.

Mit dem Agrar-Report belegt das Bundesamt für Naturschutz deutlich, dass sowohl die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union als auch die nationale Umsetzung hinsichtlich der Erhaltung der Biodiversität versagt haben. Sie leisten keinen substantiellen Beitrag, dem anhaltenden Verlust biologischer Vielfalt in den Agrarlandschaften entgegen zu wirken.

Konkret kritisiert das BfN beispielsweise die Vorschriften für die so genannten ökologischen Vorrangflächen als völlig unzureichend. Sie sind das zentrale Element des "Greening", das in der EU-Agrarpolitik mit der letzten Reform eingeführt und mit erheblichen öffentlichen Mitteln versehen wurde. "Allerdings wird die Erfüllung der Anforderungen für den überwiegenden Teil dieser Flächen durch den Anbau von Zwischenfrüchten und Leguminosen realisiert, die keinen Mehrwert für die biologische Vielfalt erbringen", erklärt Prof. Jessel. "Gemessen an den eingesetzten Finanzmitteln - jährlich werden etwa 1,5 Milliarden Euro als Greening-Prämie für Landwirte in Deutschland vorgesehen - müssen die Vorrangflächen wie auch das Greening als solches daher als weitgehend wirkungslose und gleichzeitig zu teure Fehlentwicklung bezeichnet werden."

Hinzu kommt eine große Lücke zwischen dem Bedarf und den in der Realität zur Verfügung stehenden EU-Finanzmitteln zum Schutz der biologischen Vielfalt. Selbst

auch nur elementare Aufgaben bei der Umsetzung der rechtlich zwingend vorgegebenen EU-Naturschutzrichtlinien lassen sich damit nicht erfüllen. "Dies alles zeigt die Notwendigkeit einer grundlegenden und schnellstmöglichen Kehrtwende in der GAP, die nur bei wirksamer Berücksichtigung von Naturschutzforderungen zukunftsfähig und gesellschaftlich legitimiert sein wird", erklärt die BfN-Präsidentin.

Anforderungen an eine zukunftsfähige GAP:

- Konsequente Ausrichtung von Zahlungen an die Landwirtschaft am Gemeinwohlprinzip nach dem Grundsatz "Öffentliches Geld für öffentliche Leistungen". Finanzielle Mittel in ausreichender Höhe sind hierfür bereitzustellen.
- Schaffung von Anreizen für eine naturverträgliche, standortangepasste und damit nachhaltige Bewirtschaftung einschließlich der Sicherung von ökologischen Leistungen bei drastischer Reduzierung des administrativen Aufwands und Vereinfachung der Kontrollregelungen.
- Sicherstellung eines Mindestmaßes an Biodiversität auch in Intensivregionen - unter anderem durch konsequente Einhaltung eines zu optimierenden ordnungsrechtlichen Rahmens. Der Agrar-Report des Bundesamtes für Naturschutz steht unter folgendem Link zum Download bereit: www.bfn.de/0405_hintergrundinfo.html

Landwirte am Limit:

https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/die_reportage/Ackern-bis-zum-Umfallen-Landwirte-am-Limit,diereportage1118.html

AbL Pressemitteilung, Leopoldshöhe, 20.06.2017:

Zur Sozialwahl 2017 in der Landwirtschaft

Freie Liste Eickmeyer ist drin

Eickmeyer: „Der Einsatz hat sich gelohnt“

Die Freie Liste Eickmeyer wird mit einem Sitz in der neuen Vertreterversammlung der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (SVLFG) vertreten sein. Als eine von elf konkurrierenden Vorschlagslisten hat die Freie Liste Eickmeyer 5,1 Prozent der knapp 118.000 für gültig erklärten abgegebenen Stimmen erhalten. Auf sie entfällt damit einer der 20 neu zu besetzenden Sitze im Parlament der SVLFG.

„Der Einsatz hat sich gelohnt“, freut sich der Spitzenkandidat Heinrich Eickmeyer aus Leopoldshöhe in

Ostwestfalen über den Zuspruch bei den Wahlberechtigten. „Jetzt gilt es, unsere Anliegen zur Stärkung der kleineren und mittleren Betriebe in der Land- und Forstwirtschaft in den Gremien der SVLFG einzubringen und ihnen Gehör zu verschaffen“, ergänzt Eickmeyer, der auch Sprecher des bundesweiten Arbeitskreises zur Abschaffung der Hofabgabeklausel ist.

Deutliche Kritik äußert der Landwirt am Sozialwahlrecht und an der Vorbereitung und Durchführung dieser Wahl. „Der Wahlausschuss der SVLFG hatte unsere Liste nicht zugelassen. Das mussten wir durch ein Beschwerdeverfahren korrigieren“, erinnert Eickmeyer. Zudem hat er als Listenvertreter ein gerichtliches Eilverfahren dagegen geführt, dass etwa eine halbe Million bei der SVLFG rentenversicherte Rentnerinnen und Rentner nicht zur Wahl zugelassen worden sind. „Wir prüfen, ob wir Klage für ein Hauptsacheverfahren einreichen“, so Eickmeyer. Schließlich habe das Landessozialgericht Darmstadt die Rechtsauffassung der Freien Liste als nachvollziehbar bezeichnet. Die Entscheidung fiel trotzdem gegen den Antrag aus, weil im Eilverfahren besondere Voraussetzungen an ein Eingreifen des Gerichts in eine laufende Wahl vorliegen müssen.

Kontakt:

Heinrich Eickmeyer
33818 Leopoldshöhe
Telefon: 05208-8709
h-eickmeyer@t-online.de

TAZ – 19.6.2017 – Jost Maurin:

Umweltstaatssekretär über Artenschutz

„Gefahr durch Wölfe ist sehr gering“

Für Menschen gefährliche Tiere würden geschossen, sagt Umweltstaatssekretär Jochen Flasbarth. Er kritisiert Tierrechtler, die Wolf und Mensch gleichsetzen.

taz: Herr Flasbarth, wie groß ist das Risiko, von einem Wolf angegriffen zu werden?

Jochen Flasbarth: Über Jahrzehnte sind keine Fälle aus Europa bekannt geworden. Das gilt auch für Länder mit sehr viel größeren Wolfpopulationen als hier. Der Wolf ist

ein wild lebendes Raubtier. Deshalb muss man vorsichtig sein. Aber Panik ist nicht angesagt. Die Gefahr durch den Wolf ist sehr gering.

Allein im 20. Jahrhundert töteten Wölfe weltweit mindestens 446 Menschen. 2005 starb ein Mann in Kanada, 2010 eine Frau in Alaska. Zeigt das nicht, dass das Risiko real ist?

Man sollte auch geringe Risiken nicht relativieren. Aber gleichwohl muss man darauf hinweisen, dass es viele Gefahren gibt. Und der Wolf ist auch eine.

IM INTERVIEW:

JOCHEN FLASBARTH

Der 55-jährige Staatssekretär ist im Umweltministerium der starke Mann hinter Ressortchefin Barbara Hendricks (SPD). Von 1992 bis 2003 leitete er den Naturschutzbund. Damals kehrte der Wolf nach Deutschland zurück.

Diese Gefahr ist neu, weil wir 150 Jahre in Deutschland keine Wölfe hatten. Könnte man sie noch zurückdrängen, beispielsweise durch Abschüsse?

Der Wolf ist ohne menschliches Tun zurückgekommen. Er gehört hier zur Natur. Als potenziell gefährlich eingestufte Wölfe dürfen schon jetzt geschossen werden. Aber präventiv zu sagen, wir rotten den mal wieder aus, das fände ich ziemlich absurd.

Statt ihn auszurotten, lasse er sich auf bestimmte Bereiche beschränken.

Es ist mir ein Rätsel, wie man das machen soll. Wölfe sind hoch mobil.

Viele Deutsche haben Angst vor Hunden. Ist es nicht verständlich, wenn Menschen Angst vor Wölfen haben?

Ja, deshalb muss man aufklären. Ihr übliches Verhalten ist, dass sie nicht die Nähe zum Menschen suchen. Wenn es Wölfe gibt, die ein nicht natürliches Verhalten haben, dann müssen sie vergrämt oder entnommen, also erschossen werden.

Manche Wölfe sind nicht scheu. Sie nähern sich Menschen, ihren Siedlungen und Tieren. Sollte man das ändern, indem man Wölfe schon dann schießt, wenn sie durch Dörfer laufen?

Wenn ein Wolf durch ein Dorf läuft, ist das noch kein auffälliges Verhalten. Wenn da ständig der gleiche Wolf durch die Dörfer streift, wenn er plötzlich sich am Müll zu schaffen macht oder wenn er gezielt immer wieder Vieh angreift, dann muss man eingreifen.

Sie befürworten, dass Bauern ihre Nutztiere auf der Weide und nicht nur im Stall halten. Gleichzeitig plädieren Sie für die Ausbreitung des Wolfs, der immer mehr dieser Tiere tötet. Wie passt das zusammen?

Das ist der Konflikt, der anders als die Gefahr für den Menschen wirklich Bedeutung hat. Wir wollen die Weidehaltung, weil sie viele Umwelt- und Naturschutzvorteile mit sich bringt. Deshalb muss sie unterstützt werden, sich an den Wolf anzupassen. Die betroffenen Bundesländer tun das, indem sie Zäune und Hunde bezuschussen, die die Herden schützen.

Viele Bauern klagen, dass die Entschädigungen für getötete Tiere zu gering und zu schwer zu bekommen seien.

Wir wollen erreichen, dass die Abläufe beschleunigt werden. Wenn die genetische Untersuchung von Rissen ein Engpass ist, muss man gucken, ob das nicht auch andere machen können. Darüber reden wir mit den Ländern.

Niemand bezahlt den Landwirten, dass sie die niedrigen Drähte der wolfsicheren Elektrozaune ständig frei mähen müssen, damit der Strom nicht ins Gras abgeleitet wird. Könnten diese Belastungen Bauern davon abhalten, auf Weidehaltung umzustellen?

Eine Welt ohne Veränderung kann ich niemandem versprechen. Aber insgesamt gilt: Wir wollen die Agrarsubventionen genau zugunsten solcher Betriebsformen umverteilen, damit sie eine bessere wirtschaftliche Situation haben als jetzt. Das hilft im Augenblick nicht, aber im Augenblick ist die Belastung auch überschaubar.

Weite Teile Deutschlands wie die Berg- und Küstenregionen und die Grünland- und Naturschutzgebiete können laut Bauernverband zum Beispiel wegen ihrer schieren Größe nicht wolfsicher eingezäunt werden. Wollen Sie, dass dort keine Tiere mehr auf der Weide gehalten werden können?

Nein, das will ich nicht. Probleme gibt es etwa bei der Schafhaltung auf Deichen oder bei der Almwirtschaft in Bayern. Ich weiß nicht, ob es dort gelingt, durch Zäune oder Hunde Nutztiere vor Wolfübergriffen zu schützen. Die Deiche werden in der Regel ja auch von Fahrradfahrern und Fußgängern genutzt. Die Hunde könnten ihnen gefährlich werden. Niedersachsen macht Untersuchungen, wie man dennoch Herden auf den Deichen schützen kann.

Und wenn das auf Deichen und Almen nicht funktioniert?

Das sind dann möglicherweise Gebiete, wo man die Ansiedlung von Rudeln verhindert, indem man komplette Rudel schießt. Das löst noch nicht das Problem von durchwandernden Wölfen. Mit der Gefahr muss man dann möglicherweise leben. Die Entnahme von Rudeln diskutieren wir bislang nur. Aber wir sind in dieser Frage komplett romantikfrei. Der Wolf steht nicht über anderen Gütern. Wenn die Weidehaltung auf Almen nicht mehr möglich wäre, dann müsste man entweder Herdenschutzmaßnahmen ergreifen, die ich jetzt noch nicht kenne, oder, wenn das alles nicht funktioniert, Rudel schießen.

Das Tierschutzrecht verlangt Schatten spendende Hütten für Herdenschutzhunde und verbietet Elektrozäune. Sollte das geändert werden?

Ja. Die Herdenschutzhunde wissen mit den stromführenden Zäunen umzugehen. Schäfer beklagen, dass sie Hütten bereitstellen müssen, die der Hund gar nicht benutzt. Wir haben schon an das zuständige Landwirtschaftsministerium herangetragen, dass diese Verordnung geändert wird.

Selbst in der Ihnen freundlich gesinnten Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) oder bei Bioland gibt es immer lautere Kritik an der Wolfpolitik. Gibt Ihnen das nicht zu denken?

Insgesamt ist die Gemeinsamkeit des Naturschutzes mit der AbL und Bioanbauverbänden in den agrarpolitischen Fragen so groß, dass man auch Unterschiede an bestimmten Punkten ertragen kann. Dennoch bin ich zuversichtlich, dass man gemeinsam Lösungen für kritische Bereiche finden wird.

Warum sollten wir überhaupt die Risiken im Zusammenhang mit dem Wolf eingehen?

Der Wolf gehört hier natürlicherweise hin. Ich bin dagegen, Arten festzulegen, die in der Natur nichts zu suchen haben, weil sie auch unangenehme Begleiterscheinungen haben. Da könnte man auch sagen, wir lassen keine Schwalbennester mehr zu, weil diese Vögel uns die Balkone zukacken.

Könnte man für Artenschutz sein, aber Ausnahmen machen – zum Beispiel beim Wolf?

Das machen wir auch dann, wenn er zu einer Gefahr wird. Alle anderen Probleme lassen sich mit einem vernünftigen Aufwand regeln.

Das Naturschutzrecht erleichtert den Abschuss von Wölfen, wenn ihre Population den „günstigen Erhaltungszustand“ erreicht hat, also der Bestand so groß ist, dass er langfristig überlebt. Wie viele Tiere brauchen wir dazu?

Das weiß ich nicht.

Ist das nicht entscheidend? Könnte man mit dieser Zahl nicht auch Kritiker beruhigen?

Wir handeln doch heute als Staat, wenn es dafür Gründe gibt. Und wenn der günstige Erhaltungszustand festgestellt ist, könnte man auch aus wirtschaftlichen Erwägungen eingreifen. Aber man kann auch dann nicht sagen, wir geben den Wolf jetzt zur Jagd frei oder erlassen Jagdquoten.

Wann werden unsere Wölfe den günstigen Erhaltungszustand erreichen?

Es wird vermutlich nicht mehr als eine Dekade dauern.

Warum wird die Wolfdebatte teils so unsachlich geführt, dass Kritik an der unbegrenzten Ausbreitung des Wolfs oft als Wolfhass oder -hetze bezeichnet wird?

Das liegt offenbar an der Geschichte, die Mensch und Wolf miteinander haben, und an unseren Märchen. Und es gibt Zuspitzungen. Das lese ich auch in Ihren Artikeln. Ich habe Sie an jeder Stelle verteidigt, weil ich finde, dass die Debatte geführt werden muss. Aber wenn man schreibt, es gibt auch Leute, die leben vom Wolf – Biologen und Beamte beispielsweise –, bezweifle ich, dass das ein Beitrag zur Versachlichung ist.

Nützt es dem Wolf, wenn Tierrechtler den Abschuss eines Wolfs mit dem Mord an einem Menschen gleichsetzen?

Das glaube ich nicht. Deshalb habe ich mich davon auch immer distanziert. Ein vernünftiger Naturschützer wird zustimmen, dass in bestimmten Fällen Wölfe auch geschossen werden müssen, und zwar nicht nur, um Menschenleben, sondern auch, um die Weidehaltung zu schützen. Einige Tierschützer tun sich damit schwerer.

PRESSEMITTEILUNG / 21.06.2017

Bauernbund warnt: Wolf führt zu einer Industrialisierung der Landwirtschaft

Der Bauernbund Brandenburg hat an die Landtagsabgeordneten im Agrar- und Umweltausschuss appelliert, bei den anstehenden Verhandlungen zur Wolfsverordnung einen „vernünftigen Kompromiss“ zu unterstützen. Die Bauern hätten nie die Ausrottung des Wolfes gefordert, aber in der Ministerialbürokratie und bei den Naturschutzverbänden gebe es eine Gruppe einflussreicher Ideologen, die ohne Rücksicht auf Verluste am Ziel einer Komplettbesiedlung des Landes mit dem Wolf festhielten, kritisierte Bauernbund-Geschäftsführer Reinhard Jung, Mutterkuhhalter aus Lennewitz in der Prignitz: „Dieser Einfluss spiegelt sich leider auch im vorliegenden Entwurf der Wolfsverordnung wider“.

In seinem Schreiben belegt der Bauernbund mit detaillierten Berechnungen und praxisnahen Beispielen, wie sich die Ausbreitung der Wölfe auf die bereits heute ökonomisch schwache Weidetierhaltung auswirken wird. Für eine Nachrüstung aller märkischen Weiden mit nach derzeitigem Stand wolfsicheren Zäunen würden 400 Millionen Euro benötigt, die weder das Land noch die Bauern hätten. Im Abwärtsstrudel zwischen sinkenden Erlösen, unkalkulierbaren Mehrkosten und persönlichen Frusterlebnissen würden sich immer mehr Weidetierhalter verabschieden, befürchtet Jung: „Im Ergebnis würde die Komplettbesiedlung unseres Landes mit dem Wolf zu einem grundstürzenden Wandel führen mit einer

beschleunigten Konzentration der Betriebe und weiteren Industrialisierung der Landwirtschaft.“

Vor diesem Hintergrund bekräftigt der Bauernbund seine Forderung, dass künftig alle Wölfe geschossen werden dürfen, die Nutztiere bedrohen. Jung: „Dafür muss es in der Wolfsverordnung eine praktikable Regelung geben. Alles andere wäre verantwortungslos.“

<http://www.bauernbund-brandenburg.de/index.php/8-pressemitteilungen/159-bauernbund-warnt-wolf-fuehrt-zu-einer-industrialisierung-der-landwirtschaft>

Bauernbund Brandenburg
Geschäftsführer Reinhard Jung
Dorfstraße 20, 19336 Lennewitz
Telefon (038791) 80200
Telefax (038791) 80201
jung@bauernbund-brandenburg.de
<http://www.bauernbund-brandenburg.de>

NDR - 21.06.2017

Zunehmende Wolfsattacken: Tierhalter in Sorge

Die Rückkehr des Wolfes und seine zunehmende Ausbreitung stoßen bei Landwirten und Tierhaltern in Mecklenburg-Vorpommern auf Unmut. In der ersten Jahreshälfte sind im Nordosten schon zehn Wolfsattacken gemeldet worden - fast so viele wie im gesamten Vorjahr. Die Tierzüchter wehren sich nun gegen die weitere Ausbreitung des Raubtieres. Am Mittwochabend wollen sie bei Steesow (Landkreis Ludwigslust-Parchim) an der Landesgrenze zu Brandenburg ein Mahnfeuer entzünden. In der Region zwischen Boizenburg und dem brandenburgischen Pritzwalk sind inzwischen zwei Rudel heimisch.

Landwirte wollen Positionspapier vorstellen

Der Bauernverband Ludwigslust rechnet mit rund 200 Teilnehmern. Bei dem Treffen in Steesow will der Verband zusammen mit anderen Agrarvereinigungen wie dem Schaf- und Ziegenzuchtverband und dem ökologischen Anbauverband Biopark ein gemeinsames Positionspapier präsentieren. Die Züchter fordern unter anderem ein Ende der unkontrollierten Ausbreitung des gesetzlich streng geschützten Raubtieres.

Staatssekretär für bundesweite Wolfsbergrenze

Das Agrarministerium sagte den Bauern schon im Vorfeld der Veranstaltung Unterstützung zu. Staatssekretär Jürgen Buchwald sprach sich für bundesweit abgestimmte Lösungen aus. So müsste etwa eine Populationsgröße definiert werden. Die Tiere vollständig auf ausgewiesene Gebiete zu beschränken, hält Buchwald für unrealistisch, denn die Tiere seien mobil und äußerst anpassungsfähig. "Die Auswertung der GPS-Daten besonderer Wölfe belegt, dass die Tiere Strecken von mehreren hundert Kilometern innerhalb weniger Wochen zurücklegen", so Buchwald. Die Raubtiere würden sich ehemals angestammte Territorien schnell

zurückerobern. "Das bedeutet im Umkehrschluss: Selbst wenn man einzelne Rudel entnehmen würde, löst das nicht das Problem von durchwandernden Wölfen."

Uneinigkeit über Abschusserlaubnisse

Die Landwirte fordern darüber hinaus, dass Wölfe, die bereits Tiere gerissen haben, erschossen werden dürfen. Dieses Vorgehen lehnt die Landesregierung ab. Buchwald verwies stattdessen auf die Ausgleichszahlungen, die das Land Betroffenen bei Schadensfällen anbietet. Zudem stehe einer Tötung verhaltensauffälliger Wölfe juristisch schon jetzt nichts im Wege. Buchwald verwies auch auf die Förderung von Herdenschutzmaßnahmen durch das Land. So sei im Bereich Ludwigslust-Parchim in diesem Jahr erst eine Wolfsattacke registriert worden - trotz zweier Rudel im Gebiet.

Seit 2007 rund 250 Tiere gerissen

Seit 17 Jahren steigt die Wolfspopulation in Mecklenburg-Vorpommern kontinuierlich an. Laut dem Agrarministerium gibt es hierzulande drei Rudel, in der Ueckermünder Heide, der Lübtheener Heide sowie neuerdings auch in der Kallißer Heide. Nach jüngsten Zahlen aus dem Ministerium wurden in den vergangenen zehn Jahren bei 63 Rissvorfällen, in denen ein Wolf als Verursacher feststeht oder nicht ausgeschlossen werden kann, 251 Tiere getötet und 94 Tiere verletzt, die meisten Tiere waren Schafe.

Deutschlandfunk - 19.06.2017 – Christine Westerhaus **Studie mit Mäusen Rohmilch als Allergieschutz**

Für eine Studie wurden Mäuse mit Rohmilch und mit abgekochter Milch gefüttert. Dabei konnte nachgewiesen werden, dass Milch direkt vom Bauernhof die Mäuse vor Asthma schützt. Nun suchen die Forscher nach den dafür verantwortlichen Bestandteilen, damit die Wirkung auch auf Menschen übertragen werden kann.

Der Bauernhof Gunnagård, etwa 40 Kilometer von Göteborg entfernt. 80 Kühe trotten hier zwei Mal täglich zur automatischen Melkanlage.

Bauer Gunnar Niklason und seine Frau Ulla trinken die Milch ihrer Kühe seit Jahren unbehandelt. Nicht pasteurisiert und nicht homogenisiert. Als Rohmilch also. Beide sind überzeugt, dass die Milch gut ist für sie und ihre Kinder:

"Wir haben vier eigene Kinder und keines von ihnen ist allergisch."

Kinder vom Bauernhof bekommen seltener Allergien

Wer von klein auf Rohmilch trinkt, ist besser vor Allergien geschützt als Kinder, die mit pasteurisierter Milch groß werden. Das haben Studien gezeigt, bei denen Forscher untersucht haben, warum Kinder vom Bauernhof seltener Allergien bekommen als Stadtkinder. Doch bisher waren es nur statistische Zusammenhänge, die die Forscher beobachtet haben, erklärt Johan Garssen von der Utrecht

Universität. Die Allergieforscher konnten bisher nicht konkret beweisen, dass Rohmilch die Entstehung von Asthma und Heuschnupfen beeinflusst.

"Bisher gab es keine Studie, bei der Forscher Rohmilch direkt vom Bauernhof an Tiermodellen getestet haben um zu sehen, ob sie tatsächlich vor Allergien schützt. Wir stellen nun auf der Konferenz in Helsinki erstmals unsere Daten vor, die zeigen, dass Rohmilch das Allergierisiko tatsächlich beeinflusst."

Garssens Kollegin Suzanne Abbring hatte Mäusen entweder Rohmilch zu trinken gegeben, oder sie mit abgekochter Milch behandelt. Später analysierte die Forscherin die Immunreaktion der Tiere. Alle Mäuse hatten durch gentechnische Veränderungen ein sehr hohes Risiko, Asthma zu entwickeln. Die Tiere, die abgekochte Milch bekamen, entwickelten später typische Anzeichen einer Asthma-Erkrankung. Mäuse, die Rohmilch zu trinken bekamen, blieben davon verschont.

Auch konnten die Forscher bei diesen Tieren keine Immunreaktionen beobachten, die bei allergischen Mäusen typischerweise vorkommen. Bisher ist zwar unklar, ob Rohmilch beim Menschen genauso wirkt. Doch die Bauernhofstudien deuten dies an. Es wäre also denkbar, Kleinkindern unbehandelte Milch zu geben, um sie vor Allergien zu schützen.

"Doch es kann sehr gefährlich sein, Babys Rohmilch zu geben. Sogar die Weltgesundheitsorganisation rät davon ab. Rohmilch kann gefährliche Krankheitserreger enthalten, an denen die Babys sterben können."

Welche Inhaltsstoffe machen den Schutz aus?

Johan Garssen hält es daher für eine bessere Idee, in der Milch nach den Bestandteilen zu suchen, die verhindern, dass das Immunsystem fehlgeleitet wird. "Bisher können wir aus unseren Ergebnissen zwar nicht ablesen, welche das sind. Doch wir werden das nun weiter aufdröseln, verschiedene Komponenten aus der Rohmilch isolieren und diese dann in unserem Tiermodell testen. So finden wir hoffentlich am Ende heraus, welche Inhaltsstoffe den Schutz ausmachen." Diese Bestandteile könnte man dann Kleinkindern verabreichen, um ihr Immunsystem zu trainieren. Ohne sie mit möglichen Krankheitserregern aus der Rohmilch zu konfrontieren.

Ein wichtiger Hinweis ist dabei, dass der Allergieschutz verloren geht, wenn die Milch abgekocht wird. Da Rohmilch beim Pasteurisieren auch auf hohe Temperaturen erhitzt wird, werden vor allem die darin enthaltenen Eiweiße zerstört. Aber auch körpereigene Bakterien überleben diese Prozedur nicht. Gleichzeitig haben viele Studien gezeigt, dass bestimmte Mikroben wichtig sind, um das Immunsystem kleiner Kinder frühzeitig zu trainieren und dadurch auf Toleranz zu polen. Vielleicht sind es also genau diese Komponenten in der Rohmilch, die dem Immunsystem kleiner Kinder dabei helfen, bestimmte Eiweiße oder Mikroben im Hausstaub später im Leben besser zu tolerieren.

"Es muss einen Grund dafür geben, warum Milch bestimmte Eiweiße, Immunzellen oder Bakterien enthält. Noch wissen wir nicht, wie sie dem Immunsystem helfen. Aber ich hoffe, dass wir die Zusammenhänge irgendwann verstehen werden und das Wissen nutzen können, um Kinder vor Allergien zu schützen."

Gesunde Kamelmilch

Die Zeitung China Watch berichtete über die erfolgreiche Kamelzucht der 28-jährigen Chinesin Zheng Linlin, die die Milch von 50 weiblichen Tieren verkauft – für 54 Euro Liter. „An der Uni habe ich gelernt, dass Kamelmilch eine hohe Konzentration an Vitaminen und Mineralstoffen aufweist und einen wichtigen therapeutischen Wert für Diabetiker hat.“

Kamele:

<https://de.wikipedia.org/wiki/Kamele>

SPIEGEL-Artikel zum Welthunger

Über den Hunger in der Welt berichtet der Spiegel 26/2017 unter dem Titel „Wer ist schuld?“

Die Autoren erinnern an den 2015 verabschiedeten **UN-Beschluss „zerohunger“** (Null Hunger) bis 2030 zu erreichen. In der Tat sank die Zahl der Hungernden seit 1990 um mehr als 200 Millionen – aber der „zero-hunger“-Erfolg rückt derzeit wieder in weite Ferne. 800 Millionen Menschen hungern immer – jeder Neunte von uns Erdenbürgern. Im Südsudan, in Somalia, Jemen und Nordost-Nigeria verhungern stehen gerade jetzt schon 20 Millionen Menschen direkt vor dem Verhungern.

Die SPIEGEL-Autoren kommen zu folgendem Fazit:

Den Hunger auf ein Minimum zu reduzieren, „ist machbar und gar nicht so schwer“. Dazu gehört: Wer das Klima schützt, bekämpft auch den Hunger durch Verhinderung von Dürren oder Unwettern. Wo Krieg und Terror zu Hunger führen, sind die Verantwortlichen zu benennen und international zu ächten und Hilfen mit politischem Druck zu verbinden.

Die Welt produziert schon jetzt genug Nahrung, die aber nicht gerecht verteilt und zu einem Drittel bei Ernte, Transport, Lagerung und Wegwerfen vernichtet wird. Die industrielle Landwirtschaft verursacht Umweltschäden, Treibhausgase und hat einen hohen Energieverbrauch. Ein globalisiertes Ernährungssystem, in dem viele Länder abhängig von Importen sind, birgt Risiken, wenn die Exporte durch Spekulation, Konflikte, Katastrophen oder Störungen stocken oder knapp bzw. unbezahlbar werden.

Essen sollte dort produziert werden, wo gegessen wird, am besten in

kleinbäuerlichen Strukturen mit Hilfe und Beratung (und nicht durch Vergabe von Land an Agrarkonzerne). Erfolgreiche Beispiele dafür nennt der SPIEGEL: Das Fome-Zero-Programm in Brasilien reduzierte die Zahl der Hungernden um 25% durch Unterstützung der Dorfgemeinschafts-Landwirtschaft. Die Welthungerhilfe sorgt dafür, dass in Indien bisher schon 8000 Bauern eine vielfältigere Landbewirtschaftung praktizieren und den Kindern den Schulbesuch ermöglicht. Was fehlt, ist ein Staat, der nicht nur gute Gesetze gegen den Hunger auf den Weg bringt, sondern auch bereit ist, sie durchzusetzen.

Armut hängt mit dem Zugang zu Land zusammen – Beispiel Ecuador:

<http://www.taz.de/!5402701/>

TAZ - Rainer Hörig – 6.11.2016:

Kamelfest in Pushkar

Indiens Kamelzüchter schlagen Alarm

Pushkar ist Dreh- und Angelpunkt der Kamelwirtschaft in Rajasthan. Doch der Markt für die Tiere schrumpft. Die Existenz der Nomaden ist bedroht.

... In der Wüste kommen Kamele tagelang ohne Wasser aus, sie ernähren sich nur von dünnen, halbtrockenen Blättern dorniger Bäume. Mit ihren tellergroßen, tatzenartigen Füßen sind sie in der Lage, selbst in tiefem Wüstensand große Entfernungen zurückzulegen. Als Transport- und Arbeitstiere finden sie in der Landwirtschaft und auch in der Armee Verwendung. Allerdings sind sie auf die Pflege und Obhut der Menschen angewiesen, auf sich allein gestellt würden sie in der Wüste verhungern oder an Krankheiten zugrunde gehen.

Die ersten Kamele sind wahrscheinlich im sechzehnten Jahrhundert aus Afghanistan nach Indien gelangt. Im Wüstenstaat Rajasthan, im äußersten Westen Indiens an der Grenze zu Pakistan gelegen, gehören Kamele seither zum Landschaftsbild.

Nomaden wie die Raika ziehen mit ihren Kamel- und Schafherden durch Wüsten und Gebirge, immer auf der Suche nach fetten Weiden. Kamelbulen ziehen zweirädrige Holzwagen, meist hochbeladen, über die Straßen.

Die indische Armee, die hier eine Hunderte von Kilometern lange Grenze zum feindlichen Nachbarn bewachen muss, ist im Wüstensand auf Kamele als Transporttiere angewiesen. Im vergangenen Jahr erklärte die Regierung das Kamel zum Staatstier von Rajasthan und stellte es unter besonderen Schutz.

Leckere, warme Kamelmilch

NarayanRaika, der Kamelhirte, hockt am Rande des Feldes und wärmt sich die Hände über einem Feuer aus Kameldung. Überall auf dem Feld verteilt liegen die walnussgroßen Kötter der Wüstentiere. Ihretwegen dürfen sie hier rasten. Der Besitzer des Ackers zahlt Narayan gutes Geld dafür, dass seine Tiere den Boden düngen.

... „Die Raika sind Halbnomaden. Sie haben eine feste Heimatbasis in jenem Dorf, in dem ihre Familie lebt. Die Hirten verbringen den Großteil des Jahres jedoch mit kleinen und großen Wanderungen, die sie auch in die Nachbarstaaten führen. Nur bei festlichen Anlässen oder wichtigen Familienereignissen wie Geburt, Tod oder Hochzeit kehren sie vorübergehend ins Dorf zurück“, erklärt die Anthropologin UltraKothari, die unsere Gruppe begleitet.

Unter den Wüsten der Welt zeichnet sich die indische Thar durch ihren relativ hohen Baumbestand aus. Der dornige Khejribaum übersteht dank eines ausgedehnten Wurzelwerks fast jede Dürre. In den Tälern des Aravalli-Gebirges, die von Bächen und Flüssen bewässert werden, wachsen sogar dichte Wälder. Diese sind die Lebensgrundlage der Kamelherden. Die Kamele Rajasthans ernähren sich nicht von Gräsern und Büschen, sondern fressen ausschließlich Blätter von Bäumen. Zumindest die Khejribäume überstehen einen Kamelfraß meist gut, sie treiben neue Triebe und verzüngen sich. Doch auch in Rajasthan sind die Wälder bedroht, die Nahrung der Kamele wird allmählich knapp.

... Der Kamelmarkt in Pushkar fungiert als Dreh- und Angelpunkt der Kamelwirtschaft in Rajasthan: festlicher Höhepunkt des Jahres, Treffpunkt verstreut lebender Nomadengruppen, Handelszentrum. Doch seitdem Gruppen radikaler Hindus, die angeben, die Tiere vor dem Schlachter retten zu wollen, Handel und Transport von Kamelen und Rindern behindern, verzichten immer mehr Kamelzüchter auf eine Reise nach Pushkar. Der Markt schrumpft drastisch, die Preise für Kamele fallen unkontrolliert. Beim letzten Kamelfest im November 2015 wurden nur wenig mehr als 5.000 Kamele registriert, fünf Jahre zuvor waren es noch doppelt so viel!

Die Deutsche unter Kamelnomaden

„Die Lage der Kamelnomaden ist brenzlich“, sagt die deutsche Tierärztin Ilse Köhler-Rollefson, die seit vielen Jahren den Kamelmarkt besucht. „Und es wird auch immer schlechter, denn sie erfahren keinerlei Unterstützung durch die Regierung, obwohl die Kamelherden große ökonomische Bedeutung haben und einen wertvollen Beitrag zur Volkswirtschaft liefern.“

Ilse Köhler-Rollefson wuchs in Hessen auf, lebt jedoch seit mehr als 20 Jahren bei Kamelnomaden am Rande der indischen Wüste Thar. Sie leistet medizinische Dienste für Mensch und Tier, engagiert sich aber auch für Weiderechte und Marktzugänge für die Kamelzüchter, die sich Raika nennen. Im vergangenen November lud sie zu einem alternativen Kamelfest auf ihrer Farm am Rande der Wüste ein. Das Kamelfest sollte den Nomaden neue Impulse geben.

Auf einem Basar wurden Kamelprodukte wie Decken und robuste Teppiche angeboten, im Restaurant konnte man Kamelmilch und auch Kamelkäse bestellen. Musiker trugen die Legenden der Wüstennomaden vor. Aus ganz Rajasthan kamen Kamelhirten zusammen, tauschten ihre Erfahrungen aus und boten sich.

Alternative zur industriellen Tierhaltung

Wissenschaftler, Veterinäre und Journalisten steuerten ihre Expertise bei. In den Gesprächen am Esstisch oder unter dem Feigenbaum hörte man immer wieder dasselbe: Immer mehr Weidegründe und Wanderwege gehen verloren, die Einkünfte schwinden und der Wert der Tiere sinkt in rasantem Tempo, junge Leute hätten kein Interesse an dem Beruf des Kamelhirten.

„Die erste Schwierigkeit liegt darin, dass ihre Rolle nicht anerkannt wird“, urteilt Ilse Köhler-Rollefson. „Es wird ihnen nachgesagt, dass sie sehr altmodisch wirtschaften, dass diese Art der Tierproduktion heutzutage nicht mehr vertretbar sei, obwohl sie nach meinem Dafürhalten besonders ökologisch ist, besonders sozialverträglich und auch besonders gut aus der Tierschutzperspektive. Sie stellt eine Alternative zur industriellen Tierhaltung dar.“

Ilse Köhler-Rollefson leistet Lobbyarbeit für die Interessen der Raika. Einer ihrer engsten Verbündeten ist Sarwan Singh Raika, Funktionär beim indischen Verband der Nomadenvölker. Groß und von stattlicher Statur, auf dem Kopf ein bunter Turban, den Vollbart akkurat gestutzt, begrüßt Sarwan Singh Raika seine Gäste mit festem Blick und noch festerem Händedruck.

Sarwan, 40 Jahre alt, vier Kinder, lebt mit seiner Familie in einer Hütte auf einem steinigen Hügel in der Nähe der Landeshauptstadt Jaipur. Er besitzt 70 Kamele, aber, so sagt er, deren Pflege brächte ihm keinerlei Einkommen. Am meisten macht ihm zu schaffen, dass die Weidegründe immer knapper werden: „Wir treiben die Tiere zur Weide in den Wald. Es kommt vor, dass wir dabei versehentlich jemandes Ackerland überqueren. Da werden wir dann oft attackiert und vertrieben, auch mit Steinen beworfen. Unsere Wanderrouten führen uns bis in die Nachbardistrikte Alwar und Bharatpur, auch dort müssen wir mit Missgunst und Gewalt vonseiten der Dorfbewohner und der Forstbeamten rechnen. Häufig werden wir zu hohen Geldstrafen verurteilt. Wie soll ich da die Kamele und meine Kinder ernähren?“

Die Weidegründe werden immer knapper

Bevor Indien unabhängig wurde, hatten die Raika und andere Nomaden verbriefte Weiderechte, auch in den Waldgebieten. Heute kämpfen sie ums Überleben. Die Raika wollen ihre Kultur leben, mit ihren Kamelen, nicht für einen Hungerlohn auf Baustellen schuften. Sarwan Singh Raika beschwört bereits das Ende der Raikakultur: „Wenn sich die Situation innerhalb von zwei Monaten nicht deutlich verbessert, sehen wir uns gezwungen, unsere Kamele in die Wüste zu schicken und den Beruf des Kamelzüchters aufzugeben.“

Die Raika sind mit ihren Problemen nicht allein. In Tibet und in der Mongolei, im südlichen Afrika und dem Amazonasdschungel, im finnischen Lappland und selbst in Zentraleuropa stehen nomadische Viehzüchter unter wirtschaftlichem und sozialem Druck, ihre einzigartigen Lebensweisen aufzugeben.

Ruth Häckh etwa, die mit ihrer Schafherde durch das Schwabenland zieht und das Kamelfest in Rajasthan besuchte, hat ähnliche Sorgen wie die Raika in Indien: „Das Weideland, das uns zur Verfügung steht, wird immer weniger, weil die Landwirtschaft sehr intensiv geworden ist. Man findet einfach keine Flächen mehr, wo man die Schafe weiden kann. Ich hab meine Herde reduziert, hab meinen Radius reduziert.“ Hinzu käme: Die meisten Schäfer haben ein Durchschnittsalter von 50 bis 60 Jahren.

Es gibt keine jungen Leute mehr, die bereit sind, diese Arbeit zu leisten.

<http://www.taz.de/!5350795/>

Bericht und Film über den Aufstand eines chinesischen Dorfes gegen Korruption und Landnahme:

<http://www.aljazeera.com/indepth/features/2017/05/wukan-democratic-uprising-china-170531091411268.html>

Textildiscounter-KiK-Chef über Niedriglöhne in Bangladesh und „Würde“:

Hamburger Abendblatt – 13.6.2017 – Hannes Koch:

KiK-Chef Zahn: „Wir haben dazugelernt“ - Der Manager erklärt, wie er das Image des Textil-Discounters verbessern will und wie Lohnerhöhungen den T-Shirt-Preis beeinflussen

INTERVIEW-Auszüge:

Zahn: ...“Ich habe mich ja dafür ausgesprochen, den staatlichen Mindestlohn in Bangladesh um zehn Prozent anzuheben. Eine solche Erhöhung wäre für uns darstellbar, weil wir sie mit Kostenreduzierungen an anderer Stelle auffangen könnten.“

Abendblatt: Als Außenstehender in einem anderen Land höhere Mindestlöhne durchzusetzen, ist eine langwierige Angelegenheit. Wenn Sie mit Ihren wichtigsten Zulieferern auf direktem Wege eine bessere Bezahlung vereinbaren, kämen Sie möglicherweise schneller zum Ziel.

Zahn: „Dass dann ein positiver Effekt für die Beschäftigten in den Fabriken eintritt, bezweifle ich. Wenn Löhne schnell steigen, explodieren beispielsweise auch die Mieten...“

Abendblatt: Ein seltsames Argument....

... Die Arbeitskosten sind im Verhältnis zum Endkundenpreis so niedrig, dass sich die Verdoppelung der Löhne vielleicht mit fünf Cent für jedes T-Shirt niederschlagen würden. Wegen einer Preiserhöhung um fünf Cent verkaufen Sie doch nicht weniger T-Shirts.

Zahn: „Doch, das kann passieren. Zu den fünf Cent kommen entsprechend mehr Steuern und Provisionen für Agenturen. Dann sind wir schnell bei neun oder zehn Cent. Solche kleinen Beträge geben in unserem Preissegment oft den Ausschlag, ein Produkt zu kaufen oder es liegen zu lassen. Der

Endverbraucher ist sehr preissensibel. Denn es gibt eine Menge Menschen in Deutschland, die am 25. eines Monats kein Geld mehr haben. Auch denen will KiK ermöglichen, sich mit Würde und Vielfalt einzukleiden....“

WELT – 20.6.2017 – Michael Gassmann:

Bayer-Chef Baumann legt sich mit der Bio-Branche an

Bayer-Chef Werner Baumann verteidigt den Monsanto-Kauf als Beitrag gegen den Hunger in der Welt. Nur Hightech-Landwirte könnten genug Nahrungsmittel produzieren, um alle satt zu machen. Viele sehen das anders.

Bayer-Chef Werner Baumann legt sich mit der Bio-Branche an. Er wirft dogmatischen Verfechtern des Bio-Landbaus zumindest Naivität vor, wenn es um die Bekämpfung des Hungers in der Welt geht. Dazu seien die Ernten der Öko-Bauern zu gering. „Konkret erwirtschaftete der ökologische Landbau in Deutschland zwischen 2010 und 2014 über alle Ackerbaukulturen hinweg durchschnittlich um 51 Prozent niedrigere Erträge als die moderne Landwirtschaft“, sagte Baumann vor der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung (WPV) in Düsseldorf.

Auf diese Weise seien die Probleme der Welternährung nicht zu lösen. Zudem sei der Bio-Landbau nicht so naturnah wie sein Image, denn er sei beispielsweise auf den Einsatz von Metallen wie Kupfer angewiesen.

Schrumpfende Ackerflächen, der Klimawandel und die wachsende Weltbevölkerung machen es nach Auffassung Baumanns notwendig, den Böden mehr Nahrungsmittel abzurufen: „Wir werden auf weniger Boden mit weniger Ressourcen unter extremeren Bedingungen mehr produzieren müssen.“

Dazu sei nur eine moderne, hoch technisierte und innovative Landwirtschaft in der Lage, zu der Bayer mit der 66 Milliarden Euro schweren Übernahme des US-Konzerns Monsanto beitragen werde.

Rund 800 Millionen Menschen leiden unter Hunger

Die UN haben sich mit dem „Zero Hunger“-Projekt zum Ziel gesetzt, die Mangelernährung in der Welt bis zum Jahr 2030 komplett zu beseitigen. Ob dies gelingt, ist jedoch offen. Experten gehen von 800 Millionen Menschen aus, die unter massiver Fehl- oder Mangelernährung leiden.

Hinter der Fehlentwicklung stecken viele Ursachen, darunter neben Klimaveränderungen und fehlenden Produktionsmöglichkeiten vor allem politische und militärische Konflikte, die die Menschen an der lokalen und traditionellen Nahrungserzeugung hindern oder zur Flucht zwingen.

Viele Experten halten eine Kombination von kleinbäuerlicher Erzeugung vor Ort und modernen Anbaumethoden für den besten Lösungsansatz. Kritiker wie die kirchliche Organisation Misereor fürchten jedoch eine wachsende Abhängigkeit der Bauern weltweit von Konzernen wie Bayer und Monsanto durch die Konzentration der Industrie. Schon jetzt sind 75 Prozent des Weltmarkts für Agrarchemie und 60

Prozent des Saatgutmarkts in der Hand von nur sechs weltweit agierenden Konzernen.

Durch den wahrscheinlichen Zusammenschluss von Bayer/Monsanto und zwei weitere Übernahmen werden bald wohl nur noch drei mächtige Anbieter die Märkte dominieren. Dies sei „eine schlechte Nachricht für Bäuerinnen und Bauern weltweit“, heißt es bei Misereor.

Baumann sucht Dialog mit Kritikern

Bayer sei zu einem „intensiven und offenen Dialog mit den kritischen Stimmen bereit“, versicherte Baumann. Nach seiner Überzeugung gehöre dazu allerdings auch die Erkenntnis, dass die globale Ackerfläche auf Dauer ohne Produktivitätssteigerung nicht ausreiche: „Ohne Innovation geht es nicht.“

Bayer werde die Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf dem Niveau von 2,5 Milliarden Euro jährlich halten, das die beiden Unternehmen derzeit noch getrennt erreichen: „Es ist nicht unser Ziel, die Innovationskraft durch Synergieeffekte zu verringern.“

Es sei klar, dass der Leverkusener Konzern mit der Monsanto-Übernahme, dem größten Firmenkauf der deutschen Wirtschaftsgeschichte, noch stärker zu einem Symbol der globalen Wirtschaft werde. Die Nichtregierungsorganisationen bekämpften mit dem genveränderten Saatgut aber einen sicheren Standard, zeigte sich Baumann überzeugt: „Es gibt keinen Hinweis auf Risiken.“

Bayer gesteht Imageprobleme ein

Die Kritiker müssten auch mit Hinweisen darauf umzugehen lernen, dass der Verzicht auf landwirtschaftliche Gentechnik Menschen konkrete Lebenschancen vorenthalten könne. So erblindeten in Asien Kinder aus Mangel an Vitamin A. Vielen Kindern könnte das Augenlicht durch eine Gen-Reissorte, die das fehlende Vitamin bilde („Golden Rice“), erhalten werden.

Baumann gestand zu, dass der Neuzugang im Bayer-Konzern massive Image-Probleme hat: „In Deutschland und Frankreich gilt Monsanto als Inkarnation des Bösen.“ Dies sei zu Unrecht so. Allerdings deutete Baumann an, dass der kontaminierte Name wohl nach der Übernahme verschwinden wird: Er zitierte Monsanto-Chef Hugh Grant mit der Aussage, die Erhaltung des Firmennamens sei dessen geringste Sorge.

Daran, dass der Deal zustande kommt, hat er offenbar keine Zweifel. Allerdings rechnen Beobachter mit Auflagen der Kartellbehörden in Brüssel und Amerika, etwa dem Verkauf von Firmenteilen an Wettbewerber. In den nächsten Tagen soll die Anmeldung der Monsanto-Übernahme bei der EU-Kommission erfolgen, kündigte Baumann an.

Ökolandbau für die Welternährung

16.12.2014

Seit Jahren wird darüber gestritten, ob ökologische Landwirtschaft die Weltbevölkerung ernähren kann. Lange wurde angenommen, dass die Produktivität im Ökolandbau dem konventionellen Anbau weit hinterherhinkt. Bei einer Meta-Analyse von 115 Studien bezüglich dieser Thematik fanden Wissenschaftler der Universität Berkeley, Kalifornien, heraus, dass dem nicht so ist. Laut der im „The Royal Society“ kürzlich erschienenen **Studie**, fallen die Erträge in der ökologischen Landwirtschaft im Durchschnitt lediglich 19.2 % niedriger aus als in der konventionellen Variante. Allerdings sind die Erträge des Ökolandbaus langfristig höher, da diese Methode die Fruchtbarkeit der Böden nicht dezimiert und mit der höheren Biodiversität auch weniger anfällig auf Schädlinge ist. Werden agrarökologische Methoden wie Mischkulturen oder Fruchtfolgen praktiziert, relativiert sich der Unterschied auf 8 bis 9 %. In Leguminosen wie etwa Bohnen oder Erbsen gibt es keine signifikanten Ertragsunterschiede in den beiden untersuchten Anbauweisen. Würden die Methoden des Ökolandbaus weiter optimiert, könnte der Ertragsunterschied künftig sogar noch geringer ausfallen.

Biovision hilft durch Projekte wie das „**Farmer Communication Programme**“ (FCP), den Menschen in Ostafrika Wissen zu ökologischen Anbaumethoden zu vermitteln und so deren Ernährung zu sichern. Ein weiteres erfolgreiches Projekt ist „**BustaniyaTushikamane**“ (Garten der Solidarität,) bei welchem Bauerngruppen durch das tansanische Informationszentrum „SustainableAgricultureTanzania“ (SAT) zu ökologischer Landwirtschaft geschult werden. Die Erfahrung hat gezeigt, dass viele ostafrikanische Bauernfamilien durch die Umsetzung des Gelernten ihre Erträge steigern konnten.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass insgesamt mehr Nahrung als eigentlich nötig produziert wird und das auf Kosten der Gesundheit von Mensch, Tier und Umwelt. Ziel ist somit nicht eine Produktionssteigerung, sondern vielmehr, den Menschen Zugang zu gesunder und nachhaltig produzierter Nahrung zu ermöglichen.

<http://www.biovision.ch/aktuelles/details/article/oekolandbau-fuer-die-welternaehrung/>

[fairkehr-magazin \(VCD\):Editorial 3/2017](#)

Landlust statt Trumpfrust

Michael Adler, Chefredakteur

Meine Wut am Tag eins nach dem Ausstieg Donald Trumps aus dem Klimavertrag von Paris ist groß. Trump-Bashing raubt allerdings unnötig Energie. Ich glaube, dass das Problem Trump die Amerikaner selbst lösen müssen. Sicher ist, dass wir in Deutschland jetzt umso mehr gegen die Klimaerhitzung tun müssen. Deshalb wende

ich mich dem weltpolitisch sehr vernachlässigten Titelthema unserer aktuellen fairkehr zu: dem Landverkehr. Ein Drittel der Deutschen lebt in ländlichen Regionen. Schon in den urbanen Räumen gelingt die Verkehrswende kaum. Aber die Landbewohner fahren praktisch überall mit dem Auto hin. Oft verfügen Landhaushalte sogar über zwei oder drei Autos. Die Erklärung für die automobilen Fixierung: Anders geht das hier gar nicht.

Wenn wir es mit dem Klimaschutz ernst meinen, dann muss es auch auf dem Land anders gehen. Deutschland erreicht seine Klimaziele derzeit nicht, und einer der Hauptgründe sind wieder wachsende Emissionen im Verkehr. Es fehlt der Bundesregierung offenkundig ein „Masterplan klimaschonende Mobilität“.

Hier kommen meine Vorschläge für den Landverkehr: Wenn an der oft zitierten besseren Nachbarschaft auf dem Land etwas dran ist, dann sollte es doch auch kein Problem sein, Autos oder zumindest Autofahrten zu teilen. Im Durchschnitt teilen sich 10 bis 20 Städter ein **Carsharing-Auto**. Ich sehe keinen vernünftigen Grund, warum das auf dem Land nicht gehen sollte. Außerdem müssten Mitfahrgelegenheiten auf dem Land noch viel besser als im städtischen Umfeld funktionieren. Steuern doch Landbewohner häufig die gleichen Ziele an: das nächste Oberzentrum, in dem der Großteil arbeitet, den Supermarkt im nächsten Dorf, das eine Schwimmbad oder das eine Ärztezentrum. Die Abstimmung, wer wann fährt und wen mitnimmt kann virtuell organisiert werden oder analog beispielsweise über **Mitfahrbanke**.

Die größere Baustelle ist der Anschluss an den **ÖPNV**. Dazu braucht es merkbare Stundentakte in alle ländlichen Unter- und Oberzentren, ergänzt durch darauf abgestimmte Zubringerbusse aus den umliegenden Dörfern. Die dürfen gerne – wie in der Schweiz oder in Skandinavien – die Post mitnehmen. In gar nicht allzu ferner Zukunft können diese Kleinbusse mit lokalem Windstrom und autonom fahren. An Verbund- oder Landesgrenzen dürfen diese Angebote nicht mehr enden.

Das dritte Standbein einer klimaschonenden Landmobilität ist das **Fahrrad**. Wir brauchen Radnetze mit einem guten Standard, wie in Baden-Württemberg, und Abstellanlagen, die nicht aus verrostetem Wellblech bestehen, sondern modern und sicher sind. Dann sind 10 bis 15 Pedelec-Kilometer zum Bahnhof kein Hindernis mehr.

Ein Masterplan Mobilität muss Schluss machen mit dem Zuständigkeitsgerangel zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Höchste Zeit, dass wir auch Mobilität vom Klimaschutzziel her denken. Fangen wir einfach damit an.

Trump kann ja weiter mit einem spritschluckenden Chevrolet herumfahren. Ich hoffe nur, dass er damit so isoliert bleibt, wie er es im Moment ist.

<https://www.fairkehr-magazin.de/2017-3-titel.html>

Unsere Meinung:

Sicher ein bedenkenswerter Verkehrsvorschlag von „Fairkehr“ für ländliche Regionen -leider mit einem Titelfoto, das voll daneben ist: zwei alte Leute auf einem Uralt-Trecker unterwegs...

fairkehr

VCD-Magazin für Umwelt, Verkehr, Freizeit und Reisen Nr. 3/2017 · Juni/Juli

Kreativ mobil

Lust auf Landverkehr

Politik **Urbane Seilbahnen**

Service **Wem nützen Wanderstöcke?**

Reise **Schöner wandern**



 **VCD**
Verkehrsclub
Deutschland

hib - heute im bundestag Nr. 385 – 21.6.2017

Neues aus Ausschüssen und aktuelle parlamentarische Initiativen

03. Ablehnung von Anträgen zum Bodenmarkt

Berlin: (hib/EIS) Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft hat am Mittwoch zwei Oppositionsanträge zum Bodenmarkt mehrheitlich abgelehnt. Ein Antrag der Fraktion Die Linke ([18/12551](#)), der eine strenge Regulierung fordert, fand keine Mehrheit gegen das Votum von CDU/CSU- und SPD-Fraktion bei Zustimmung durch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Ein Antrag der Grünen ([18/11601](#)), der die Einführung eines Förderprogrammes für Betriebsneugründer vorschlägt, wurde mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD bei Enthaltung der Linksfraktion abgelehnt.

Die Grünen wollten Landwirten mithilfe einer Förderung unter die Arme greifen, indem die Beratung und das Coaching für Betriebsneugründer und Betriebsabgebende ausgebaut werden sollte. Auch sollten die außerfamiliäre Hofnachfolge unterstützt sowie alternative Ansätze für den Zugang zu Bewirtschaftungsflächen ermöglicht werden. Die Linke wollte hingegen den Ausverkauf des Bodens an landwirtschaftsfremde Investoren stoppen und den Bodenmarkt im Interesse der Landwirtschaft strenger regulieren. Die Bundesregierung sollte außerdem einen Gesetzentwurf vorlegen, der die Privatisierung von land- und forstwirtschaftlichen Flächen aus den Beständen der bundeseigenen Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) beendet und stattdessen den grundsätzlichen Vorrang der Vergabe langfristiger Nutzungsrechte und der Erbpacht regeln.

Die Linke sah dringenden Handlungsbedarf, weil das "Bodenrecht nicht mehr den Herausforderungen gewachsen ist". Die landwirtschaftlichen Flächen würden sich immer mehr auf immer weniger Eigentümer konzentrieren, obwohl eine "breite soziale und regionale Bodenstreuung das Ziel bleiben muss". Die Grünen pflichteten bei, dass der Boden nicht mehr in die Hände der Bauern falle, weshalb die "Chance der Menschen erhöht werden muss, Landwirtschaft zu betreiben, indem der Zugang zum Land ermöglicht wird".

Die Union kritisierte hingegen die Vorlagen, weil das Problem bekannt und einiges gemacht worden sei. So seien die Losgrößen bei den Landverkäufen durch die BVVG verkleinert worden und für Großinvestoren dadurch weniger attraktiv. Außerdem würden die Landwirte selbst die Bodenpreise stark in die Höhe treiben und sein mitverantwortlich an der Entwicklung. Ein Schnellschuss am Ende der Legislaturperiode würde jedenfalls nicht helfen, hieß es seitens der Fraktion. Der nächste Bundestag müsse sich mit dem Thema weiter beschäftigen.

Auch die Sozialdemokraten stellten fest, dass mancher Lösungsvorschlag auch an den Interessen aus dem "Umfeld der Landwirtschaft" gescheitert sei. Deshalb müsse weiter im Einvernehmen mit den Bundesländern nach Regelungen gesucht werden. Das Grundstücksverkehrsrecht weise jedenfalls Schwächen auf, die behoben werden müssen. Zudem sei es problematisch aus Sicht des landwirtschaftlichen Bodenmarktes, dass juristische Personen auch Grundstückeigentümer sein dürfen. Auch die Bundesregierung bekannte sich dazu, dass breit gestreutes Eigentum in der Landwirtschaft gewollt sei "und keine externen Investoren die Wertschöpfung aus

der Landwirtschaft abziehen sollen". Doch die Handlungsmöglichkeiten des Bundes seien in dieser Hinsicht klein, weil das in der Hoheit der Bundesländer liege.

hib - heute im bundestag Nr. 389 – 21.6.2017

Neues aus Ausschüssen und aktuelle parlamentarische Initiativen

04. Ausgleichsflächen für Pipeline-Bau

Berlin: (hib/PEZ) Über Ausgleichsmaßnahmen beim geplanten Bau der Nord Stream 2-Pipeline ist der Bundesregierung zufolge noch nicht abschließend entschieden. Die vom Vorhabenträger Nord Stream 2 AG vorgeschlagenen Kompensationen würden noch erörtert; die zuständigen Genehmigungsbehörden würden danach eine Entscheidung treffen, antwortet die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke ([18/12754](#), [18/12504](#)). Es handele sich um fünf Flächen im Einzugsgebiet des Greifswalder Boddens.

Bei den Ausgleichsmaßnahmen sollen Landwirte Ackerland in Grünland umwandeln. Die Fragesteller gingen davon aus, dass es sich dabei um 1.200 Hektar hochwertigen Ackerboden handelt und Landwirte deswegen existenziell bedroht sind. Die Bundesregierung erklärt nun, nach ihrer Kenntnis sollen hochwertige Ackerböden nicht mehr betroffen sein.

TOP AGRAR zum Wahlprogramm der Bundesgrünen:

Ein Schwerpunkt ist die Forderung, in den nächsten 20 Jahren aus der „industriellen **Massentierhaltung**“ auszusteigen. „Ich will keine **Agrarindustrie** mit Hühnern mehr, die so gemästet sind, dass ihnen die Beine wegbrechen. Kein Kükenschreddern. Gesundes Essen kommt nicht aus einer kranken Natur. Abgeschnittene Schnäbel, abgebissene Ringelschwänze werden in 20 Jahren gruselige Vergangenheit sein. Dafür sorgen wir“, sagte die Spitzenkandidatin der Grünen zur Bundestagswahl Katrin Göring-Eckardt auf dem Parteitag.

Topagrar.com - Lesen Sie mehr auf: <https://www.topagrar.com/news/Home-top-News-Gruene-erzeugen-mit-Wahlprogramm-zur-Landwirtschaft-Widerstand-8329416.html>

Kommentar

von **Eckehard Niemann** · 21.06.2017 - 10:18 Uhr

Unernsthaft und unsäglich

Die Meinung der AbL Niedersachsen/Bremen: Wir sind natürlich für angemessene Übergangsfristen. Der angegebene Zeitraum von 20 Jahren ist aber natürlich viel zu lang – dadurch würden dringend anstehende Veränderungen und Aktivitäten verzögert und die jetzt große Bereitschaft der

Bevölkerung zur Finanzierung eines erzeugerpreis-wirksamen Umbauprogramms (zugunsten mittelständisch-bäuerliche Tierhalter) nicht genutzt. Nachdem bereits Herr Özdemir von einem angeblichen „Abschneiden der Schweinerüssel“ schwadroniert hatte, zeigt nun auch die Spitzenkandidatin ihr Landwirtschafts-Unwissen mit der Bemerkung von „abgebissenen Ringelschwänzen“. Hallo, Frau Göring-Eckardt: Es geht bei der intensiven laufenden Debatte darum, dass man die Ringelschwänze - als Vorbeuge gegen Schwanzbeißen - nicht mehr abschneiden muss... Hallo, liebe Landwirte in der grünen Partei - sorgt doch mal für mehr Ernsthaftigkeit und Agrarwissen bei Euren Parteispitzen (Özedemir, Göring-Eckardt und auch noch einige andere)...

Topagrar.com - Lesen Sie mehr auf: <https://www.topagrar.com/news/Home-top-News-Gruene-erzeugen-mit-Wahlprogramm-zur-Landwirtschaft-Widerstand-8329416.html#comment-92186>

NWZ – 21.6.2017 – Gunars Reichenbachs: Agrarminister Meyer berät Grünen-Spitze

HANNOVERAuf dem Abflug in die Bundespolitik? Niedersachsens Landwirtschaftsminister Christian Meyer (Grüne) steht jedenfalls bald auf der Bundesbühne – gemeinsam mit der Grünen-Spitzenkandidatin zur Bundestagswahl, Katrin Göring-Eckardt. Das Duo präsentiert die Hauptzüge einer grünen Landwirtschaftspolitik. Sowohl für die Bundestagswahl im September als auch für anschließende Landtagswahl im Januar in Niedersachsen setzt die Öko-Partei einen strategischen Schwerpunkt auf Agrarpolitik.

„Wir wollen mit dem politischen Gewicht von **Christian Meyer** punkten“, heißt es bei Niedersachsens Grünen. Tatsächlich ist der Parteilinke Meyer ein äußerst begehrtter Wahlkämpfer. So haben die Parteifreunde in Baden-Württemberg den Niedersachsen als Wahlkampfstar auch für den Südwesten mit Terminen am Bodensee und auf der Schwäbischen Alb fest eingeplant. Dort, wo der eigentlich konservative Grünen-Ministerpräsident **Winfried Kretschmann** das Zepter schwingt. Doch Meyer kommt offenbar überall an. Auftritte gibt es längst auch in Bayern.

Meyer dominiert fast schon die grüne Agrarpolitik. Der Niedersachsen koordiniert als Nummer eins die Riege der grünen Agrarminister in den Bundesländern. Ein Grünen-Politiker, der nicht nur zum wichtigsten Milchminister von einem europäischen Verband gekürt wurde, sondern auch als Gegenspieler von Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (**CSU**) fungiert.

Landesvereinigung Ökologischer Landbau Schleswig-Holstein und Hamburg Netzwerk Ökolandbau Schleswig-Holstein

27.06.2017

Ackerbohnen-Feldtag

Wir besuchen zwei biologisch und zwei konventionell wirtschaftende Betriebe Start: Gut Rosenkrantz
Schinkel | Gut Rosenkrantz

01.07.2017

Backensholzer Käsetage/Hoffest

Bei freiem Eintritt erwarten die Besucher Hofführungen, Schaukäsen, Aktionen für Kinder sowie ein buntes Rahmenprogramm.

Oster-Ohrstedt | Hof Backensholz

05.07.2017

Treffen zum EIP-Projekt Innovation Kompostsysteme und Bodenfruchtbarkeit

Themen: Kompostierung insb. von Gärsubstraten aus der eigenen Biogasanlage, Besichtigung der mit Kompost gedüngten...

Stockelsdorf | Krumbecker Hof

06.07.2017

Vom Acker auf den Teller

Die Nachfrage der Außer-Haus-Verpflegung im Bio Bereich nimmt schon seit langem stetig zu. Wichtig, für eine...

Kiel | RBZ-Wirtschaft Kiel

09.07.2017

Tag des Offenen Ackers auf dem Betrieb Pansegrau

Geboten werden Betriebsführungen, Veggie-Mobil, Kaffee + Kuchen sowie eine kleines Kinderprogramm.

Schinkel |

15.07.2017

Vom Korn zum Brot

Thematische Führung

Um Anmeldung wird gebeten.

Groß Schenkenberg | Gut Rothenhausen

25.07.2017

„Chancen und Herausforderungen des Bundesteilhabegesetzes für die soziale Landwirtschaft“ mit Impulsreferat des Fachanwalts Reinhold Hohage

Die Veranstaltung nimmt das Inkrafttreten des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) zum Anlass, die Chancen und...

Bimöhlen | Hof Weide

Kontakt

Landesvereinigung Ökologischer Landbau Schleswig-Holstein und Hamburg
Netzwerk Ökolandbau Schleswig-Holstein
Monika Friehl / Dr. Susanne Fittje

Grüner Kamp 15-17
24768 Rendsburg

Tel.: 04331-9438-171 / 172
info@oekolandbau-sh.net

Die AbL Niedersachsen/Bremen e.V. übernimmt weder eine Freistellung von Rechten Dritter noch eine Gewähr für die Aktualität, Korrektheit, Vollständigkeit oder Qualität der bereitgestellten Informationen. Haftungsansprüche gegen die AbL Niedersachsen/Bremen e.V., die sich auf Schäden materieller Art beziehen, sind grundsätzlich ausgeschlossen.
Abbestellungen des Newsletter über: eckehard.niemann@freenet.de